

 AUSGEBLENDETE REALITÄT

Aus politischen Gründen? Wie Presseagenturen die Magdeburger Proteste verschwiegen haben

Proteste gegen Kanzler Friedrich Merz beim Magdeburger Gedenken blieben unerwähnt. Agenturen meldeten „störungsfreien“ Verlauf. Warum das mehrfach falsch ist.



Harald Neuber

23.12.2025

🔄 24.12.2025, 10:55 Uhr



Bundeskanzler Merz in Magdeburg. Sind Agenturen ihrer Pflicht nachgekommen?

Axel Kammerer/imago

Ich habe mit mir gerungen, ob ich diesen Text schreiben soll. Gestern hatte ich mich mit der Berichterstattung zum Gedenken an den Anschlag auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt vor einem Jahr befasst. Die sinkenden Zustimmungswerte der Regierung von Bundeskanzler Friedrich Merz lagen vor mir auf dem Schreibtisch.

Laut Forsa sind 75 Prozent der Befragten unzufrieden mit der Arbeit des Kanzlers – ein Wert, der sogar die Tiefstwerte seines SPD-Vorgängers Olaf Scholz unterbietet. Und dann stieß ich auf etwas, das mich nicht mehr losließ.



Widersprüchlich, wirkungslos, abgelehnt: Friedrich Merz in der Dauerkrise

Kanzler Merz wird in Magdeburg ausgepiffen. 75 Prozent sind unzufrieden mit seiner Arbeit. Doch das ist nur ein Teil seiner Probleme – und der Probleme einiger Medien. Ein Zwischenruf.

Von Harald Neuber

Politik 22.12.2025



Der Grund für meine Unruhe: Mich erreichten Bilder und Augenzeugenberichte von Protestaktionen beim Gedenkakt, an denen offenbar mehrere Personen teilgenommen haben und den Auftritt von Bundeskanzler Friedrich Merz sichtlich gestört haben. Ein Mann rief: „Schämt euch!“ Aus der Menge waren „Hau ab“-Rufe, „Pfui“-Sprechchöre zu hören. Die Szene spielte sich direkt vor der Johanniskirche ab, als Merz mit Ministerpräsident Haseloff eintraf.

Was mir dabei besonders aufgefallen ist: In den Meldungen der großen Nachrichtenagenturen – epd, AFP, dpa – spielte dieser Vorfall keine Rolle. Nicht eine einzige Zeile. Ich hatte einige Mühe, diese Vorfälle durch unabhängige Quellen zu verifizieren. Verschiedene Beobachter und Quellen unterschiedlicher politischer Couleur aber bestätigen die Geschehnisse, dokumentieren die Rufe und die aufgeheizte Stimmung.

Das wahre Ausmaß des Sachverhaltes wurde mir erst später am gestrigen Tag klar, als ich über eine Formulierung in der AFP-Meldung stolperte: „Die insgesamt zwölf Versammlungen anlässlich des Gedenktages seien störungsfrei verlaufen.“ Störungsfrei? Bei den dokumentierten Protesten? Diese Diskrepanz zwischen der Realität vor Ort und der offiziellen Darstellung ließ mich nicht mehr los.

Die Instrumentalisierung einer Tragödie

Es ist eine brisante Lage: Hinter einigen der Protestierenden stand offenbar der Landesvorsitzende der AfD in Sachsen-Anhalt, Martin Reichardt, so schildert es die taz in einem der wenigen Texte, die auf das Geschehen eingehen. Ich hatte gestern schon den Eindruck: Die typischen Parolen wie „Hau ab“ und „Pfui“ sind aus ähnlichen Protesten des rechten und rechtsradikalen Milieus bekannt.

Aber – und das ist der entscheidende Punkt – die Zugehörigkeit von Demonstranten zu einem bestimmten politischen Lager kann in keinem Fall und unter keinen Umständen Ausschlag darüber geben, ob darüber berichtet wird oder nicht. Ich selbst vertrete politisch eine andere Haltung, aber in meiner Funktion als Journalist und in meiner Funktion in der Redaktion der Berliner Zeitung arbeite ich streng journalistisch. Die Realität muss abgebildet werden, auch wenn sie unbequem ist.

Die vergessenen Opfer

Was mich besonders erschüttert: Während die offiziellen Gedenkfeiern als „störungsfrei“ dargestellt wurden, spielte sich in Magdeburg eine andere, dunklere Realität ab. Nach dem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt stieg die Zahl rassistischer Übergriffe in der Stadt. Für manche prägten die Anfeindungen das Gedenken ein Jahr danach.

Seit dem Anschlag stieg die Zahl rassistischer Übergriffe in Magdeburg stark an. Vor dem Attentat wurden dem Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt e.V. ein bis zwei Übergriffe pro Woche gemeldet; seitdem registrierte man bis zum 10. Januar bereits 20 rassistische Vorfälle, darunter Körperverletzungen, Beleidigungen und Drohbriefe.

Die Vermutung

All dies sollte in all seiner Widersprüchlichkeit distanziert und journalistisch abgebildet werden. Dass der Täter eingewandert ist. Dass er mit der AfD sympathisierte. Dass die AfD dies ignoriert und versucht, sich den Anschlag zunutze zu machen. Dass seine Integration nicht gelungen ist. Dass die Behörden versagt haben. Dass sich Menschen bedroht und alleingelassen fühlen. Dass eine Stadt trauert. Das Menschenleben vernichtet und Familien zerrissen wurden. Es ist eine Geschichte voller Widersprüche und Schmerz – und voller journalistischer Verantwortung, die zu wenig wahrgenommen wird.

Meine Vermutung ist, dass die Äußerung von Friedrich Merz, die von den Agenturen noch einmal gesondert vermeldet wurde – dass „Wut und Zorn verständlich seien“ – eine Reaktion auf die Proteste gewesen ist. Aber in keiner der Meldungen und keiner der offiziellen Darstellungen ist von den Protesten auch nur in einem Nebensatz die Rede. Mehr noch: Die ganze Gedenkveranstaltung wird als ruhig und störungsfrei bezeichnet.

Warum das ein Problem ist

Man kann als Journalist und man muss als Journalist die Bedeutung des Geschehens einschätzen. Zugleich ist es aber so, dass die Umfrageinstitute alle darauf hinweisen, dass sich der Unmut in der Bevölkerung gegen die amtierende Regierung erheblich steigert. Die Regierung hat nur noch eine sehr geringe und weiter schwindende Rückendeckung. Bei Forsa kommt die Union nur noch auf 28 Prozent. Dies ist ihr schlechtester Wert seit dem Herbst 2023. Die Proteste können mithin, ich habe das gestern schon geschrieben, als Ausdruck einer Mehrheitsmeinung betrachtet werden.

In dieser Situation eine Protestaktion komplett zu verschweigen – und nichts anderes geschieht hier –, und dies mutmaßlich aus politischen Gründen, das ist ein Problem, das benannt werden muss. Es geht nicht darum, ob man die Proteste gut oder schlecht findet. Es geht darum, dass sie stattgefunden haben und dass die Öffentlichkeit ein Recht darauf

hat, davon zu erfahren; mehr noch, dass sie davon erfahren muss.

Die Quellenlage ist eindeutig: Die epd-Meldungen vom 20. Dezember 2025, die AFP-Meldung vom selben Tag, die offizielle Mitteilung der Stadt Magdeburg, die dpa – sie erwähnen die Proteste mit keinem Wort. Stattdessen wird ein Bild der Einigkeit und des würdevollen Gedenkens gezeichnet, das der komplexen Realität vor Ort nicht gerecht wird.

Das Versprechen

Das bedeutet auch, über die rassistischen Übergriffe nach dem Anschlag zu berichten. Es bedeutet, die Instrumentalisierung der Tragödie durch Rechtsextreme zu benennen. Es bedeutet aber auch, über Proteste gegen den Bundeskanzler zu berichten, selbst wenn sie aus einer politischen Ecke kommen, die man persönlich ablehnt. Wenn er das nicht schafft, was ja vorkommen kann, sollte man die Berichterstattung abgeben.

Die Demokratie lebt von der vollständigen Information der mündigen Bürger. Wenn Journalisten beginnen, Realitäten zu verschweigen, weil sie nicht ins gewünschte Bild passen, dann haben wir ein fundamentales Problem. Die Menschen in diesem Land haben ein Recht darauf zu erfahren, was wirklich geschieht – in all seiner Widersprüchlichkeit und Komplexität.

Das ist unsere Verpflichtung als Journalisten. Und dieser Verpflichtung werden wir nachkommen, auch wenn es unbequem ist. Gerade dann.

Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.